

# **UBP-Fraktion im Rat der Stadt Recklinghausen**

## **HAUSHALTSREDE**

Recklinghausen, 20.12.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren,

vor einigen Monaten haben wir den Haushalt 2010 verabschiedet und dabei schwere Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt beschlossen. Das Gutachten von Rödl & Partner war eine Bestandsaufnahme von Möglichkeiten, die uns in der Politik noch bleiben, um unseren Haushalt halbwegs in Ordnung zu bringen. Dass die Sparvorschläge nur einen Teil des Defizits kompensieren, zeigt, wie schlimm es um die finanzielle Situation in unserer Stadt bestellt ist.

An der Wendeltreppe draußen vor dem Ratssaal mahnt uns seit über 100 Jahren eine sinnige Inschrift: „Jedem sein Recht dem Herrn wie dem Knecht.“ Wir müssen den Bürger als Partner sehen - nicht aber „herrschen“ - und mit den Steuergeldern (Bürgergeldern) verantwortungsvoll umgehen.

Wir werden unsere Stimme daher nicht dafür hergeben, dass auch in diesem Jahr 60 Mio. € weitere Schulden gemacht werden, ohne dass man auf unsere Einsparvorschläge eingeht.

Die UBP-Fraktion kritisiert einerseits den mangelnden Einsparwillen im politischen Bereich: Die Ablehnung unserer Anträge zur Verkleinerung des Stadtrates auf sein gesetzliches Minimum und die Reduzierung des Verwaltungsvorstandes auf drei Beigeordnete sowie die Erhöhung der Zahl der stv. Bürgermeister von zwei auf drei Personen zeigen, dass die Jamaika-Koalition nicht bereit ist, im politischen Raum zu sparen.

Gleiches gilt im Bereich der Betriebshöfe: Die UBP hatte auf Kreisebene gefordert, die zehn städtischen Betriebshöfe im Kreis zu zwei zentralen Höfen und einer gemeinsamen Verwaltung zusammenzufassen. Hier ist ein Einsparvolumen von mindestens 3 bis 4 Mio. € p. a. möglich, was für Recklinghausen einen Betrag von 600.000 bis 800.000 € p. a. ausmachen würde. Jedoch werden persönliche Eitelkeiten und die Macht der Städte vor immense Einsparmöglichkeiten gestellt.

Im Haushalt gibt es Maßnahmen, die wir im Einzelnen mittragen und begrüßen, wie die Einsparungen bei Sachaufwendungen und die Synergien durch die

interkommunale Zusammenarbeit. Die Erhöhung der Parkgebühren, der Büchereigebühren und der Grundsteuer lehnen wir jedoch ab. Solange es deutlich erkennbare Einsparpotentiale im Bereich der Politik gibt, werden wir es nicht zulassen, dass Eigenheimbesitzern und Mietern in die Tasche gegriffen wird. Wir sind darüber hinaus davon überzeugt, dass auch die Bürger bereit sind, beim Sparen zu helfen und sich angemessen zu beteiligen. Es muss aber zunächst dafür gesorgt werden, dass die Politik ihren Job macht. Solange dies nicht der Fall ist, wird die UBP einer Erhöhung von Abgaben und Gebühren nicht zustimmen.

Auch der Anstieg der Gewerbesteuer um 20 Punkte findet keinen Zuspruch bei der UBP. Die IHK hat jüngst ihre Zahlen veröffentlicht und einen Anstieg der Firmeninsolvenzen um 48 % im ersten Halbjahr 2010 bekannt gegeben. Es mag richtig sein, dass ein gut funktionierender Betrieb die Erhöhung um 20 Punkte verkraften kann. Es stellt sich aber die Frage, wie viele Betriebe das in unserer Stadt sind, wenn man auf die Zahlen der IHK schaut. Auch bei der Neuansiedlung von Unternehmen spielt der Gewerbesteuerhebesatz eine entscheidende Rolle. Wer die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft verschlechtert statt verbessert, muss sich nicht wundern, wenn Arbeitgeber nur „schlechte“ Löhne bezahlen können, Weihnachts- und Urlaubsgelder zur Disposition stehen und die Arbeitslosenzahlen weiter wachsen.

Die Finanzkommission des Kreises dreht mit dem Vorschlag der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, die sie unserer Stadt als unabdingbar vor die Füße wirft, an Stellschrauben, die im Bezug auf die Neuansiedlung von Betrieben und den Zuzug von Menschen in unsere Region kontraproduktiv sind. Daher wird die UBP auch nur acht der zehn Punkte der Finanzkommission im Rat der Stadt zustimmen.

Herr Bürgermeister,

ein weiteres wichtiges Thema ist die Fläche des ehemaligen Saalbaus, der zügig und anspruchsvoll bebaut werden muss. Der Markt im Bereich des Mehrgenerationenwohnens ist gut und daher werden Sie uns auch als Partner an Ihrer Seite haben, wenn Sie endlich damit beginnen, die Fläche zu entwickeln. Stillstand ist Rückschritt und das schon seit 12 Jahren. Mit der Wohnungsbaugesellschaft hätten Sie eine Stadttochter, die an dieser Stelle anspruchsvolles Wohnen realisieren könnte. Unser Einfluss als Stadt bliebe gewahrt und wir müssten nicht lange auf einen Investor warten, der in einem möglicherweise langwierigen Prozess die Wirtschaftlichkeit über den städtebaulichen Anspruch stellen würde.

Meine Damen und Herren,

Recklinghausen wird in den nächsten Jahren Einwohner verlieren. Das ist nicht schön aber leider Realität. Die Anstrengungen beim Erschließen von Wohngebieten werden von uns unterstützt, auch wenn wir bei Projekten wie dem Paulusanger Vorbehalte haben.

Wir werden nicht daran vorbei kommen auch über die Schließung von Schulen und Sportstätten zu reden. Das gebietet die Ehrlichkeit und ich versichere Ihnen an dieser Stelle, dass Sie uns an Ihrer Seite haben, wenn diese schweren Entscheidungen anstehen. Für uns ist es aber zwingend notwendig, dass bei Schließungen die Gelder nicht im Haushalt versickern, sondern sinnvoll in die Qualität investiert werden.

Uns sind qualitativ hochwertige Schulen und Sportstätten wichtiger, als eine große Zahl von Einrichtungen, in denen die Fachräume veraltet sind und Sportstätten bei denen die Fliesen von den Wänden fallen und Duschköpfe nicht mehr funktionieren.

Recklinghausen muss auf Qualität statt Quantität setzen. Diese zentrale Aussage gilt für viele Bereiche im Stadtgebiet und kann ein echter Vorteil sein, wenn es um das Image unserer Stadt geht.

Die UBP findet es lobenswert, dass im Gegensatz zu vielen größeren Kommunen (wo sogar endgültige Schließungen von Kultureinrichtungen anstehen) unsere Stadt ihre Ausstellungshäuser mit hohem Aufwand auf Vordermann bringt. Dass nicht alles was wünschbar wäre, z. B. ein barrierefreier Zugang zum und entsprechende Toilettenanlagen im Vestischen Museum, sich umsetzen lässt; diese Tatsache kann aber nicht heißen, dass vorhandene nützliche Einrichtungen an Ort und Stelle abgeschafft und umgebaut werden.

Ein kleines Beispiel am Rande:

Die Rede ist von der vorhandenen Cafeteria im Gebäude an der Hohenzollernstraße. Dieser seiner Zeit klug eingerichtete Sozialraum diente bisher äußerst sinnvoll als Aufenthalts- und Begegnungsstätte für Besucher und Bedienstete des Hauses. Die künftige Umnutzung und der anstehende Umbau des gesamten Erdgeschosses für die Zwecke unseres Stadtarchivs erfordern geradezu den kostenneutralen Erhalt der „Cafeteria“. Gerade weil wir als UBP eine Attraktivitätssteigerung dieser überregional wichtigen städtischen Institution begrüßen, halten wir das Vorhandensein dieses Sozialraums für unabdingbar. Nicht nur für die klassische Nutzung, sondern gerade auch für die Möglichkeit zu Gesprächen wären künftige Nutzer der Einrichtung mit Sicherheit sehr dankbar. Bekanntlich darf im eigentlichen Archivbereich weder gegessen noch getrunken noch laut gesprochen werden.

Ausdrücklich plädieren wir dafür, dass die stadtgeschichtliche Sammlung in den oberen Stockwerken der Bevölkerung und insbesondere den Schulen erhalten bleibt. Über Einzelheiten wäre in den beteiligten Ausschüssen zu reden.

So begrüßenswert die künftige Umgestaltung von Ikonenmuseum und Kunsthalle in unseren Augen ist, so bedauerlich erscheint uns nach wie vor die brutale Beseitigung stadtbildprägender Elemente der historischen Altstadt.

Wir finden gerade nicht, dass man „die Toten Ruhelassen sollte“ – Recklinghausen hat unseres Erachtens diesbezüglich schon zu viele „Leichen im Keller“!

Dem für die thematisch sensiblen Teile der Bevölkerung ist bis heute nicht einsehbar, warum das historische Wohn- und Geschäftshaus Breite Str. 7 / Lampengässchen abgerissen wurde.

Wir haben in der ersten Jahreshälfte zwar vergeblich, aber mit hoher Resonanz wenigstens die historische Fassade des ehemaligen McDonalds-Hauses zu retten versucht. Wie in einem ungepflegten Gebiss klafft nun seit Monaten die hässliche Baulücke an zentraler Stelle unserer Altstadt und was der Öffentlichkeit als Neubauplanung bislang an dieser Stelle offeriert wurde, sieht – um im Bilde zu bleiben – eher nach Amalgam als ästhetischer Keramikverblendung aus.

Einer vermeidlichen Modernität zuliebe sind in den letzten Jahrzehnten schon allzu viele wertvolle Bauten aus der gewachsenen Struktur herausgerissen worden. Offensichtlich hat der Eigentümer des Objektes ganz schnell Fakten schaffen wollen, als der Widerstand in der Bevölkerung wuchs.

So geht man ja leider auch immer wieder mit dem Baumbestand in unserer Stadt um. Wir hoffen nur, dass in Sachen Baumschutzsatzung das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Wir als UBP hätten lieber statt einer kostenträchtigen Aufforstung unseres Schilderwaldes auf die innerstädtischen Umweltzonen, Neuanpflanzungen mit echtem ökologischen Nutzen gesehen! Schade, dass sich die Grünen an solcher Stelle immer wieder den Schneid abkaufen lassen. Wir sind im Übrigen der Meinung, dass es selbst bei der desolaten Haushaltslage durchaus möglich gewesen wäre, Kreisverkehre und allen voran den potthässlichen an der Hertener Straße vor dem Steintor ansehnlich und attraktiv gestalten zu können. Die Schülerinnen und Schüler der benachbarten Maristenrealschule haben das unlängst auf Veranlassung der Lokalen Agenda, Fachforum nachhaltige Stadtentwicklung, bewiesen.

Die gerade landesweit angelaufene Diskussion um den Erfolg und künftigen Nutzen des nun zu Ende gehenden Kulturhauptstadtjahres 2010 hat unter anderem deutlich gezeigt, dass weniger auf diesem Sektor mehr sein kann. Die Forderung nach besserer Qualität anstelle von größerer Quantität muss angesichts grassierender kommunaler Verschuldung entschieden mehr Beachtung finden.

Herr Bürgermeister meine Damen und Herren,

wir Kommunalpolitiker tragen unter den herrschenden Sparzwängen eine erhöhte Verantwortung. Das bisschen, was noch machbar ist, will umso mehr gut überlegt sein. Wenn es in unseren Kommunen ans Eingemachte geht, dann wollen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Recht und rechtzeitig eingeweiht werden. Lassen Sie uns bei allen notwendigen und schmerzhaften Einschnitten streng darauf achten, dass wir keine Stuttgarter Verhältnisse bekommen.

Der uns vorliegende Haushalt setzt teilweise falsche Prioritäten und findet daher nicht unsere Zustimmung. Wir erwarten, dass Sie als Allianz gemeinsam mit der konstruktiven Opposition in diesem Hause bei den anstehenden Sparmaßnahmen mit gutem Beispiel vorangehen.

CLAUDIA LUDWIG